BLITZ-BRIEFING: MENSCHENUNWÜRDIGE ZUSTÄNDE IN DER PROSTITUTION BEENDEN

Leitungs- und Planungsstab des Fraktionsvorsitzenden,

8. November 2023

I. Sachverhalt

Seit dem im Jahr 2002 in Kraft getretenem Prostitutionsgesetz, das die damalige rot-grüne Koalition verabschiedet hat, gilt Prostitution in Deutschland nicht mehr als sittenwidrig und kann Gegenstand von Arbeitsverträgen sein. Prostituierte sollten so besser geschützt, entkriminalisiert und sozial abgesichert werden.

Alle diese Ziele wurden jedoch verfehlt. Die tatsächliche Situation der Prostituierten hat sich seitdem drastisch verschlechtert. In den Folgejahren stieg im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union insbesondere die Zahl von Prostituierten aus den neuen EU-Mitgliedstaaten. Für Freier aus vielen Regionen Europas wurde Deutschland zum Magneten. Anstelle der Prostituierten haben vor allem Zuhälter und Betreiber von Bordellen, FKK-Clubs und Laufhäusern enorm profitiert. Die Zahl der Prostituierten und Freier in Deutschland nahm stark zu.

Wegen der zunehmenden Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Prostituierten wollten wir 2016 mit dem Prostituiertenschutzgesetz die legale Prostitution regulieren und das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Prostituierten stärken. Bereits 2020 hat die Zwischenevaluation des Prostituiertenschutzgesetzes jedoch offengelegt, dass die Umsetzung des Gesetzes nur schleppend voran geht und eine konsequente Anwendung nicht flächendeckend gegeben ist. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass die eingeführten Schutzvorschriften größtenteils ins Leere laufen und sich die Situation der geschätzt mindestens 250.000 Prostituierten in Deutschland nicht verbessert hat. Die Zahl der gemeldeten Prostituierten ist seit 2019 rückläufig. Am Ende des vergangenen Jahres waren lediglich 28.280

Prostituierte bei den Ordnungsbehörden gemeldet. Ende des Jahres 2019 lag die Zahl der bei den Ordnungsbehörden gemeldeten Prostituierten bei 40.400. Zudem sind laut Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit 2022 gerade einmal 50 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie zehn ausschließlich geringfügig Beschäftigte unter der entsprechenden Berufsgattung gemeldet. Zahlen zu krankenversicherten Prostituierten liegen nach wie vor nicht vor. Das Narrativ vom „Beruf wie jeder andere" von Prostituierten mit eigenem Konto, eigener Wohnung, Kranken-, Renten- und Sozialversicherung ist damit eindeutig widerlegt.

Betroffene, Streetworker, Ausstiegshilfeorganisationen und Vollzugsorgane berichten stattdessen davon, dass Gewalt, Zwang und Ausbeutung die Szene prägen. Die sehr geringe Zahl an Verfahren wegen Menschenhandel und die wenigen Verurteilungen stehen in keinem Verhältnis zu Zahl und Ausmaß der Straftaten. Weder können uns bekanntgewordene und zur Verurteilung gelangte Einzelfälle im Bereich von Schwerkriminalität zufriedenstellen, noch entsprechen sie unserer Vorstellung von Rechtsstaat und unserem Werteverständnis.

II. Unsere Position

Wir wollen die bisher gemachten Erfahrungen in anderen europäischen Staaten nutzen, um das dort bereits etablierte sogenannte „Nordische Modell" zu einem nationalen Modell für Deutschland weiterzuentwickeln. Im Kern bedeutet das „Nordische Modell" ein Sexkaufverbot. Dafür wollen wir ein Dreisäulenmodell einführen, das Präventions- und Ausstiegsangebote fördert (1), die Bestrafung des Sexkaufs etabliert (2) und die Durchsetzungsautorität von Verwaltungs- und Vollzugsorganen stärkt (3).

III. Sprachregelung

Nachdem alle bisherigen Bemühungen gescheitert sind, die menschenunwürdigen Zustände in der Prostitution zu beenden, brauchen wir einen Kurswechsel. Wir wollen die in anderen europäischen Staaten gemachten Erfahrungen nutzen und das sogenannte „Nordische Modell", also die Bestrafung des Sexkaufs, zu einem von Prävention und Ausstiegsangeboten begleiteten nationalen Modell für Deutschland weiterentwickeln. Prostitution wird es immer geben, aber mit einer Bestrafung des Sexkaufs in deutlich kleinerem Umfang. Als Staat können wir Frauen nicht <u>in</u> der Prostitution, sondern nur <u>vor</u> der Prostitution schützen.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzen wir uns ein für die Rechte und den Schutz von Frauen. Wir treten in der Breite und mit aller Kraft ein gegen den geschlechtsspezifischen Missbrauch von Macht, der die Geschäftsgrundlage der Sexindustrie ist. So stärken wir die Gleichstellung in unserer Gesellschaft.

Falls Rückfragen bestehen oder Sie in den E-Mailverteiler des Blitz-Briefings aufgenommen werden möchten, schreiben Sie gerne eine E-Mail an blitzbriefing@cducsu.de.